

Der Sachsen-Anhalt

Bischofswerdaer

Eingige Tageszeitung im Amtsgerichtsbezirk Bischofswerda und den angrenzenden Gebieten
Das Blatt enthält die amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft, der Schulinspektion und des Hauptzollamts zu Bautzen, des Landgerichts, des Finanzamtes und des Stadtrats zu Bischofswerda.



Tageblatt

Unabhängige Zeitung für alle Stände in Stadt und Land. Dichteste Verbreitung in allen Volksmärkten
Beilage: Sonntags-Unterhaltungsblatt und Landwirtschaftliche Zeitung
Geschäftsstelle Bischofswerda, Altmarkt 15. — Druck und Verlag bei Buchdruckerei Friedrich May in Bischofswerda. — Fernsprecher Nr. 22

Veröffentlichungswelle: Jeden Werktag abends für den folgend. Tag.
Abonnement: Bei Abholung in der Geschäftsstelle monatlich Mk. 12.—, bei Zustellung ins Haus monatlich Mk. 18.—, durch die Post monatlich Mk. 18.— mit Zustellungsgebühr.
Alle Postmännchen, Postboten, sowie Zeitungsausträger und die Geschäftsführer des Blatts nehmen jederzeit Belehrungen entgegen.

Postcheckkonto: Konto Dresden Nr. 1521. Gemeindeverbandsgirokasse Bischofswerda Konto Nr. 64.
Im Falle höherer Gewalt — Krieg oder sonstiger irgend welcher Störung des Betriebs der Zeitung oder der Vertriebsgesellschaften — hat der Besitzer keinen Anspruch auf Lieferung oder Nachlieferung der Zeitung oder auf Rückzahlung des Bezugspreises.

Abgabepreis: Die gespaltene Grundseite (Jm. Nr. 14) oder deren Raum 3.— Mk. dientliche Ausgabe 2.50 Mk. Im Exemplar (Jm. Nr. 14) 8.— Mk. die gespaltene Seite. Bei Abholung Nachlade nach teilnehmenden Geschäften. — Einzelne Ausgaben die gespaltene Seite 6.— Mk. — Für bestimmte Tage oder Woch wird keine Gewalt getreut. — Erfüllungsort Bischofswerda.

Mr. 108.

Mittwoch, den 10. Mai 1922.

78. Jahrgang.

Das Ende der Entente?

Die Konferenz von Genoa vor dem Zusammenbruch.

Lord George hat das hohe Spiel gewagt. Es ist heute kein Zweifel mehr erlaubt, daß die Konferenz von Genoa eine Wendung nötigen wird, die dem zukünftigen Europa ein unerwartetes Gesicht gibt.

Als Warthau von seiner Partie Weise zurückkehrte, gab er dem französischen Pressevertretern ein Frühstück, und stellte bei dieser Gelegenheit eine Aussprache, die man nur als die Demontierung der französischen Unbedecktheit auffassen konnte. Mit voller Absicht setzte er den Willen Frankreichs zur Einigkeit und zur Rettung der Konferenz, aber er gab in der Sache nicht um Haaresbreite nach, unterstrich vielmehr die Forderung der Franzosen, daß die Sowjetregierung sofort bündige Antwort geben müsse und lehnte jede weiteren Verhandlungen mit der Sowjetdelegation rundweg ab. Dem britischen ersten Minister sind in dieser Lage nur noch zwei Möglichkeiten geblieben: Entweder er führt sich den Wünschen der Franzosen; dann ist die Konferenz von Genoa zu Ende, und Lord George kehrt mit einem restlosen Mitternachtsexodus nach London zurück. Es versteht sich von selbst, daß er damit nicht nur das englische Prestige, sondern auch seine eigene politische Stellung zum Opfer bringen würde. Es ist nicht anzunehmen, daß er diesen Weg beschreiten wird.

Nach den vorliegenden Meldungen muß man nunmehr davon überzeugt sein, daß er aus der unvorhergesehenen Haltung der britischen Regierung die Folgerungen ziehen wird. Alle Blätter nächstehenden Blätter berichten übereinstimmend, daß die

Entente mit Frankreich zu Ende

gehe; das englische Volk mönche den Frieden, und Frankreich widerstehe lich dessen Vermittelung.

Natürlich bemüht die Northcliffe-Presse durch den Mund des Chefredakteurs der "Times", Bingham Steed, die Gelegenheit, um einen äußerst heftigen Angriff gegen Lord George zu unternehmen. Steed will wissen, daß Lord George in seiner Unterredung mit Barthou geradezu erklärt habe, die Entente zwischen Großbritannien und Frankreich sei zu Ende. Lord George betrachte sich von heute an als frei, andere Freundschaften zu suchen und zu pflegen. Lord George habe erklärt, seine Ratgeber seien seit langem in ihn gebeten, ein Übereinkommen mit Deutschland zu treffen, selbst unter Brüderlichkeit der britischen Reparationsforderungen. Frankreich habe seine Wahl zwischen der britischen und der belgischen Freundschaft getroffen. Es habe für Belgien gestimmt, obgleich die Unterstützung, die es von Belgien erhalten habe, nicht vergleichbar sei mit der Unterstützung, die ihm von Seiten Großbritanniens erteilt wurde. Die britische Regierung sei wegen des Verhaltens Frankreichs sehr betrübt. Von jetzt an könne

Frankreich allein mit Belgien gehen und zuschauen, welche Vorteile ihm dies bringen könnten. Lord George habe gesagt, er wisse, daß das, was geschehen sei, nicht Barthous Fehler sei. Barthou habe sein Bestes getan, um verständlich zu sein. Er habe jedoch keine Aktionstreue befreit. Die britische öffentliche Meinung sei Frankreich freundlich gefunfen, und keine, Lord Georges, Ratgeber, insbesondere der Lordkanzler Lord Birkenhead, hätten ihm dauernd geraten, mit Frankreich zu brechen. Aus allen Teilen Englands hätte man diesen Rat gegeben. Tatsächlich sei er, Lord George, fast der einzige Freund, den Frankreich in England besiegt. Heute muß er sich jedoch in anderer Richtung umschauen.

Man weiß doch, daß Lord George bei einem grundlegenden Wechsel seiner Politik schierem Widerstande im Parlament begegnen werden. Der Einfluß, der von ungehorsamen Kapitalisten gespeisten Northcliffe-Presse kann nicht gering eingeschätzt werden. Die Fronte innerhalb der Internationalen Partei wird durch eine Aufhebung der Entente mit Frankreich leichtverständlich zu erhalten. Das ist die künftig aufgepeitschte Kriegssinnung im englischen Palast. Leider, der Gedanke eines Bündnisses mit Deutschland erscheint der Mehrheit des britischen Volkes vorläufig noch unmöglich. Auch in Amerika hat Frankreich dort seiner vorsprünglichen Propaganda noch viele Freunde; daher ist es unmöglich vorauszusehen, ob es Lord George gelingen wird, endgültig für seine Politik die nötige Gefolgschaft im Parlament zu finden. Die Blätter fürchten bereits eine Rückkehr Lord Georges nach London und eine Reaktion im Unterhaus an. Es wird dort einen heißen Kampf geben, von dessen Ausgang auch deutlicher Einfluß abhängt.

Die tiefste Urtheil für die französisch-englischen Meinungsverschiedenheiten ist beständig weniger die Politik gegenüber Deutschland, als die Diplomatie. Doch wenn es den Befürchtungen gelungen ist, einen Vertrag auf Gegenzeitig-

keit mit der deutschen Regierung unter Dach zu bringen, ist ihre Stellung wesentlich gefärbt. Mehr als außerhalb England West darauf legen, seine Beziehungen zu Rußland wiederherzustellen. Der englische Handel hat eben ganz andere Interessen wie der französische Kleinbürgertum. Für England bedeutet der Vertrag nicht auf die Rückestellung britischer Eigentümer und britischer Rechte weniger als der Wiederaufbau zukünftiger Handelsbeziehungen. Frankreich aber erneut jetzt die Früchte seiner Russenpolitik vor 1914, die von nichts anderem als Hass und Rache bestimmt war, gegen Deutschland diktiert war. Es kann auf die gewölfte Summen, die es dem Roten Rußland sich nicht verzichten, und es fühlt sich auch nicht mehr stark genug, in freiem Wettkampf mit anderen Nationen und unverdrossener Zukunftarbeit die vorerstrebten Werte in Rußland wiederzugeben.

Die Blätter wissen sehr genau die Gründe der verschiedenartigen Auffassungen. Der Faust unter den Westmächten macht ihnen die Abwehr der Ausbeutungspolitik leicht. Sicherer Vernehmen nach werden sie in ihrer Antwort auf das Memorandum der Alliierten einfach erklären, sie müßten erst untereinander einig werden und ein Dokument unterbreiten, das wirklich die einstimmigen Entschlüsse der Alliierten darstellt; vorher sei an einer Antwort der Sowjetregierung nicht zu denken.

Während sie auch der Kompromiß Lénine aus Moskau eingetroffen, der in Übereinstimmung mit der Haltung Tschischakins die weitgehenden Forderungen der Alliierten zugrund liegt. Es ist also klar, daß England sich auf den Weg der Sonderverhandlungen begeben muß, wenn es mit den Russen zu einem einigermaßen befriedigenden Ergebnis kommen will.

Die sich dauernd wiederholenden Begegnungen zwischen Lord George, Lord Birkenhead und Sir Manning Worthington Evans einerseits und dem Reichskanzler Wirth und Dr. Rathenau andererseits, über deren Inhalt bis auf den heutigen Tag völlig Stillschweigen gehobt wurde, werden allgemein als Versuch begreift, mit Hilfe der deutschen Vermittlung eine englisch-russische Annäherung in die Wege zu leiten.

Die Entscheidung über Entente und Konferenz wird am Dienstag erwartet; die deutsche Delegation hat die Befreiung gebeten, bis zu diesem Tage in Genoa zu bleiben. Wir stehen also unmittelbar vor einem geschichtlichen Wendepunkt ersten Ranges.

Keine Rückreise Dr. Wirths.

Berlin, 8. Mai. Die Blätter melden aus Genoa, daß im gegenwärtigen Stadium der Konferenz an eine Reise des Reichskanzlers zur Berichterstattung nach Berlin auch nur für einige Tage nicht zu denken sei. Die augenblicklich schwelenden Verhandlungen machen die Anwesenheit des Kanzlers in Genoa dringend notwendig. Wie die Blätter ferner melden, ist die Reise des Reichsfinanzminister Dr. Hermes nach Paris gründlich beschlossen worden. Wann er die Reise antritt, steht aber noch nicht fest.

Wie "Die Zeit" mitteilt, wurden die Führer des Reichstages für Dienstag nachmittag zu einer Befreiung in die Reichskanzlei geladen, wobei ihnen über die Lage in Genoa Mitteilung gemacht werden soll.

Der Kanzler vermittelt bei Rußland.

Berlin, 8. Mai. Der Sonderberichterstatter des Amts-Wirtschaftsblattes meldet aus Genoa: Nochmals der Kanzler gestern mit Lord George eine Aussprache hatte, hat er heute die Vermittlungsrolle bei den Russen weitergeführt und sich ausführlich mit Tschischakirin über die Haltung der Russen bezüglich des Minoritätsausgangs ausgesprochen. Nach dieser Unterredung ist Tschischakirin bei Lord George geblieben. Von dem Ergebnis dieser Unterredung wurde ebenfalls eine Wendung in der russischen Frage erwartet.

Die Zwangsanleihe.

Der Entwurf des Ausführungsgesetzes für die Zwangsanleihe, für den wesentliche Einzelheiten schon bei den interfraktionellen Besprechungen über das Montagsgesetz zum Steuerkompromiß erörtert wurden, ist in diesen Tagen an das Reichskabinett gegangen, um dem Reichstag möglichst bald nach seinem Wiederzusammentreffen wieder vorgelegt werden zu können. Einige Blätter teilen aus den für das Ausführungsgesetz ausgearbeiteten Vorentwürfen Einzelheiten mit, die unters Wissens zum Teil überhaupt sind, zum Teil überhaupt nicht zutreffen. Bis jetzt dürfte feststehen, daß als Grundlage der Bekanntmachung zur Zwangsanleihe das Vermögen der natürlichen und juristischen Personen in Betracht kommt, die am 1. Mai 1923 vermögenssteuerpflichtig werden. Blätter für die Ein-

szählung wird der 31. Dezember 1922 werden, wobei möglicherweise ein Betrag von 100.000 Mark von der Bezeichnung mit Zwangsanleihe von vornherein befreit sein wird. Diese Freigrenze wird sich wahrscheinlich auf eine Million Mark erhöhen, wenn der Pflichtige in der Hauptrichter nur Capital besitzt und im Jahre 1921 nicht mehr als 40.000 Mark Einkommen bezogen hat. Die Vermögensbesteuerung über der Freigrenze werden nach einem durchsetzbaren Zeitraum zunächst mit 2 bis 10 Prozent zur Belohnung der Zwangsanleihe herangezogen werden, um eine möglichst rasche Einziehung der Zwangsanleihebeträge zu erreichen. Sollen die Zeichnungspflichtigen auf Grund einer eingeschränkten Einschätzung ihres Vermögens zu Vorzugsanleihen verpflichtet sein. Wenn der Betrag der erlaubt ausstehenden Zwangsanleihe die Vorzugsanleihe um mehr als ein Dutzend übersteigt, soll neben der Zwangsanleihe eine beliebige Abgabe erhöhen werden, die unter Umständen bis zu 10 Prozent ansteigen soll. Die Abgabe soll, wie es im Zwangsanleihevorgesehen ist, drei Jahre unvergütet bleiben und dann um einer möglichen Verzinsung ausgehoben werden.

Aus Sachsen.

Eine Rede Lipinskis.

Am Freitag sprach der Minister des Innern Lipinski in einer stark besuchten Volksversammlung im großen Saal des Zoologischen Gartens in Leipzig über: Die Sachsen-Politik.

Die Resolution hat, so hörte der Minister aus, das äußere Kleid des Staates verändert, aber nicht seine innere Struktur. Wollte man diese verändern, so müsse die erste Arbeit die sein, der Regierung vertrauliche Vertraulichkeiten zu geben, die sich dem Verwaltungspersonal eingeschrieben. Die Personalpolitik müsse also so eingerichtet werden, daß die entscheidenden Stellen mit zuverlässigen Beamten besetzt werden, die sich auf die neuen Verhältnisse eingestellt haben. Das habe er, der Minister, getan und werde es auch weiter tun. Better ist zur Veränderung der inneren Struktur des Staates die Umstellung der Verwaltung notwendig; sie werde vorbereitet. Als drittes sei für diesen Zweck erforderlich, daß den Gemeinden die Selbstverwaltung gegeben werde.

Angesichts der Gesamtlage habe die Regierung gar keinen Anlaß, irgendwelchen Kosten aufzugeben, auf den die gehörige Art der Partei gestellt worden seien.

Die Mehrheit von zwei Stimmen sei über eine soße Grundlage für die Regierung; doch sei die Zustimmung bereit, daß eine Landtagsneuwahl eine starke sozialistische Mehrheit im Landtag bringen werde, weil die leichte Landtagswahl unter außerordentlich ungünstigen Umständen für die Arbeiterschaft stattgefunden habe. Soviel hätte man in der Regierung also keinen Gewinn, einer Neuwahl aus dem Wege zu gehen; dafür hätte man politische Gründe.

Über den Volksentscheid sagte der Minister: Bis alle Vorarbeiten erledigt sind, vor November, werden wir wohl nicht zum Volksentscheid kommen.

Dresden, 9. Mai. Neue Amtshauptleute. Regierungsrat Dr. Jungmann von der Amtshauptmannschaft Bernau ist durch Belebung des Gesamtministeriums zum Amtshauptmann von Bouken und der Dresdner Stadtvorstehermeister Kühn ist zum Amtshauptmann von Großenhain ernannt worden. Zum Kreishauptmann von Chemnitz war Ministerialdir. Dr. Streit vorgesehen. Dr. Streit hat jedoch abgetreten, aus Gründen pers. Natur von seiner Ernennung abzusehen. Die Frage der Belebung der Kreisbaupräsidenten Chemnitz bleibt insgesamt noch offen. — Amtshauptmann Kühn ist Zigarettenmacher, war dann sozialdemokratischer Vorsteher für Orlamünde, gehörte der Volkskammer als sozialdemokratischer Abgeordneter an, trat dann in das Ministerium Grädauer als Minister des Innern ein und mußte bei dem Eintritt der Unabhängigen in die Regierung diesen Posten an Lipinski abgeben. Gegenwärtig gehört Kühn dem sächsischen Landtag an und war seit Beginn dieses Jahres Stadtvorstehermeister von Dresden. — Die Ernennungen bewegen sich diesmal auf einer militärischen Linie, unter den drei neuen Amtsvorständen befindet sich nur ein Sozialist. Die Forderung der Chemnitzer Sozialisten auf Belebung des Stadtrats Werths zum berüchtigen Kreishauptmann scheint man nicht erfüllen zu wollen.

Dresden, 9. Mai. Der zweite Todestag am Dienstag. Wie noch erinnert, war vor kurzem in einem großen Dresdner Hotel am Hauptbahnhof ein aus Berlin zugereiste Kaufmann morgens in dem vorher durch einen Kommerzjäger desinfizierten Zimmer tot aufgefunden worden. Ein ähnlicher Vorfall ereignete sich am Sonntag in